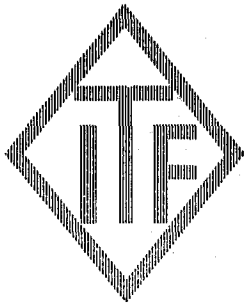


FASCHISMUS

No. 7

Amsterdam, den 6. Oktober 1934.



Zwei Briefe aus Lettland. (ITF)

=====

Aus dem Konzentrationslager Liepaja (Libau):

"Ich sende diesen Bericht aus dem Konzentrationslager Liepaja (Libau), in welchem ich mit anderen Genossen im Mai von den faschistischen Machthabern einquartiert wurde. Im Lager sind noch immer über 400, mehrere sind krank, auch tuberkulosekrank und jetzt kommt der Winter... Du weißt, die Staatsmacht befindet sich vollständig in den Händen der Partei der lettischen Grossbauern, die sich auf die (faschistischen) Heimatschützer stützt. Aussenpolitisch ist Lettland in die Einfluss-sphäre von Berlin einbezogen, und man kann es als den Vasall von Hitlerdeutschland betrachten... Aktive Gewerkschafter sind verhaftet und im Konzentrationslager eingesperrt. Uneingeschränkt wütet der wirtschaftliche Terror. Von ihren Arbeitsstellen werden diejenigen Arbeiter, welche in irgend welcher Beziehung zur Arbeiterbewegung gestanden haben, verjagt, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrer usw. werden entlassen. Die staatlichen Betriebe, die Schulen, Krankenkassen, die Konsumvereine werden von unseren Genossen "geräumt". Rechtsvorschriften, Arbeitsschutzgesetze, Kollektivverträge werden widergesetzlich ausser Kraft gesetzt. Mit einem Wort: bei der Entlassung herrscht eine unbeschränkte Willkür der Machthaber. Witwen mit mehreren Kindern werden nur deshalb entlassen, weil der verstorbene Ernährer ein Sozialist gewesen ist. Der Terror greift immer weiter: Wenn einer der Entlassenen in einem Privatbetriebe Arbeit findet, wird er nach einigen Tagen auf Verfügung der politischen Polizei entlassen. Die Entlassenen und ihre Familien sind der Not und dem Hunger ausgeliefert. Mit dieser Aus-hungerungspolitik will die Regierung den Widerstand der Arbeiter brechen. Die Familien der im Konzentrationslager Internierten sind der bittersten Not ausgeliefert.

Neue Kräfte.

"...Am 16. Mai sind zunächst alle Gewerkschaften unterdrückt worden. Dann wollte die Regierung Einheitsgewerkschaften errichten. Am 15. Juli wurden Kommissare für die Verbände der Eisenbahner, Staatsangestellten und Buchdrucker ernannt, die die Verbände in die Einheitsorganisation überführen sollen. Der Kommissar kann machen, was er will, deswegen haben die Mitglieder alle Lust verloren, zu

2.) diesen provisorischen Gewerkschaften zu gehören, diese sind jetzt halb ausgestorben. Alle anderen Gewerkschaften sind geschlossen, ihr Vermögen hat die Regierung beschlagnahmt.

Als Kommissar des Eisenbahnerverbandes ist der Vorsitzende der gelben Eisenbahner ernannt worden. Von den 13 Mitgliedern des Vorstandes der Eisenbahner befinden sich acht im Konzentrationslager. Ausserdem sind noch 150 der aktivsten Mitglieder der Organisation aus ihren Arbeitsstellen verjagt, auch die sechs Mitglieder der Kreditgenossenschaften der Eisenbahn. Diejenigen, die auf den Arbeitsstellen Geldsammlungen zur Unterstützung der Verhafteten und ihrer Familien organisierten, sind verhaftet oder auf administrativem Wege zur Zahlung von 1500 Lat verurteilt worden.. In der illegalen Bewegung sind an die Stelle der Verhafteten neue Kräfte getreten, die den Kampf weiterführen...."

Danzigs Polizei sucht einen "Führer". (ITF) Der "Befreier Danzigs
===== von der marxistischen
Korruption" war Herr Edmund Klekacz. Als Beauftragter der NSBO fuhr er im Frühsommer 1933 nach der Besetzung des Danziger Gewerkschaftshauses mit einem Gerichtsvollzieher in die Wohnungen der Vorsitzenden der freien Gewerkschaften und liess Beschlagnahmungen vornehmen. Selbst eine Kindersparbüchse wurde feierlich versiegelt. Zur Belohnung für diese Holdentat wurde Klekacz zum "Führer" des Danziger Metallarbeiterverbandes ernannt.

Inzwischen ist ein Jahr verstrichen. Die "vernichteten" Danziger Gewerkschaften haben ihre Arbeit längst wieder aufgenommen. Der Gerichtsvollzieher, der die einstweilige Verfügung der Danziger Nazi-richter zum Zwecke der Gleichschaltung der Gewerkschaften durchführte, ist wegen eines Amtsvorgehens rechtskräftig verurteilt worden. Und jetzt wird der ehemalige "Führer" des Danziger Metallarbeiterverbandes polizeilich gesucht -- er hat 1900 Danziger Gulden aus der Sterbekasse der Danziger Metallarbeiter gestohlen.

Einen Groschen pro Tag. (ITF) Mit grosser Reklame beginnt in
===== Deutschland der Werbefeldzug für die Winterhilfe. Wieder schreit es aus den Mikrophonen: "Auch in diesem Winter soll in Deutschland niemand hungern und frieren". Die Erwerbslosen und die schlechtbezahlten Arbeiter denken mit Schrecken an den vergangenen Winter. 18 Millionen Menschen mussten von der Winterhilfe 26 Wochen hindurch unterstützt werden. Insgesamt 320 Millionen RM wurden aufgebracht. Der einzelne erhielt eine wöchentliche Winterhilfsspende von knapp 70 Pfennigen; 28 Pfg. wöchentlich entfielen auf jeden Unterstützten an Lebensmitteln, 19 Pfg. an Heizung, 16 Pfg. an Bekleidung, 5 Pfg. an Gutscheinen und 2 Pfg. an Freitischen und Lebensmittelpaketen. - Ein Pfund Roggenbrot kostet (in Berlin) 16 bis 17 Pfennige.

Im ersten Jahr der nationalsozialistischen Diktatur war aber die durchschnittliche Unterstützung eines Wohlfahrterwerbslosen von 14 auf 10 RM wöchentlich gesenkt worden. 4 RM hat man den Erwerbslosen gestohlen, 70 Pfennig hat man ihnen als Bettelgabe zurückgegeben. Die Arbeitslosen fürchten, dass sie in diesem Winter noch nicht einmal die 70 Pfennige pro Woche erhalten werden.

Eine Brotrinde. (ITF) Arbeitslose in Italien haben nur dann einen
===== Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, wenn sie in den letzten 2 Jahren 24 Halbmonatsbeiträge geklebt haben. Sie haben damit einen Anspruch auf 90 Tage Unterstützung, und zwar erhalten sie je nach der Lohnklasse, in der sie die Beiträge entrichtet haben, täglich 1.25 Lire (0.27 RM), 2.50 Lire (0.54) oder 3.75 Lire (0.81). Länger als 90 Tage erhalten nur die Arbeiter Unterstützung, die in den letzten 2 Jahren 36 Halbmonatsbeiträge geklebt haben. Doch das ist bei der chronischen Arbeitslosigkeit im faschistischen Italien nur eine kleine Gruppe.

Die Unterstützung wird zwar halbmonatlich ausbezahlt, doch ist tägliche Meldung vorgeschrieben, in manchen Arbeitsamtsbezirken sogar zweimal am Tag. Bei der Geringfügigkeit der Unterstützung ziehen deshalb "viele Erwerbslose vor, die Unterstützung, für welche sie jahrelang ihren Beitrag bezahlt haben, lieber nicht zu erheben, als sich den Formalitäten zu unterwerfen und die Zeit, die sie lieber für Arbeitssuche verwenden, nutzlos zu vergeuden" (de Marsenich, Abgeordneter und Präsident des Bundes kaufmännischer Vereinigungen im "Lavoro fascista" vom 30. Oktober 1931).



3.)

Die Beiträge zur Erwerbslosenversicherung sind dadurch zu einer guten Finanzquelle für die faschistische Regierung geworden. Von 100 Lire, die an Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung eingehen, werden nur 32 für Zwecke der Erwerbslosenfürsorge ausgegeben. 2/3 der Einnahmen "leiht" sich die Regierung! Mit Leichtigkeit könnten täglich 10 Lire Unterstützung gezahlt werden, doch die faschistische Diktatur hat nicht nur den bis 1922 bestehenden Staatszuschuss von 40 Millionen für die Erwerbslosen gestrichen, sie will noch möglichst viel vom Geld der Arbeitslosen zu ihrer Verfügung haben. Mit allen Mitteln wird deshalb die Zahl der Unterstützungsberechtigten noch künstlich verkleinert. Jungarbeiter, die noch nie gearbeitet haben, Militärentlassene, die während ihrer Dienstzeit die Beitragsmarken nicht kleben konnten, erhalten keine Unterstützung. Wer nur "vorübergehend" entlassen wurde, kann sich nicht erwerbslos melden und geht, wenn erst nach Ablauf der Meldefrist die "vorübergehende" Entlassung in eine endgültige verwandelt wird, aller Ansprüche verlustig. Von den (im Juli) offiziell angegebenen 887 000 Erwerbslosen (die wirkliche Zahl wird nach den Schätzungen Quigleys, des ersten Statistikers des britischen Central Electricity Board, 1,25 Millionen betragen haben), wurden nur 156 000 unterstützt. Nach Ablauf der Unterstützung durch die Landesanstalt steht der Erwerbslose vor dem Nichts. Weder Gemeinden noch Provinzen, noch irgend eine andere Institution in Italien zahlt ihm ein noch so bescheidenes Existenzminimum. Nur die faschistische Partei verteilt an zuverlässig erscheinende Erwerbslose lächerlich geringfügige Liebesgaben: Suppen, Brot, Makkaroni, Reis, Kartoffeln etc. Der Sommer allerdings ist die Zeit der Hungerkuren, dann werden nicht einmal die Bettelsuppen der Schwarzhanden ausgegeben, aber im letzten Winter wurden nach dem stolzen Bericht der faschistischen Partei 2 884 000 Personen "fast täglich unterstützt". Sie erhielten Lebensmittel, Volksküchenmahlzeiten und Schulspeisungen "im Gesamtwert von 132 649 256 Liro". Die Unterstützungsaktion lief 6 Monate. Ein Unterstützter erhielt pro Tag also ganze 0.25 Liro (5 Pfennig). Ein Pfund Weissbrot kostet in Italien 0,87 Liro. Die Unterstützung reichte gerade zu einer trockenen Brotkruste, um die der Hungernde noch betteln musste!

Ständischer Abbau. (ITF) Mitte August 1933 sprach Dr. Ley in der Reichsführerschule der NSDAP vor den "Gaufachberatern für ständischen Aufbau": "Arbeitsfront und ständischer Aufbau gehören zusammen, eins ist ohne das andere nicht denkbar... Die Arbeitsfront hat keinen Sinn, wenn das, was sie an Schulung und Erziehung schafft, nicht im ständischen Aufbau in die Tat umgesetzt wird". Das Amt für ständischen Aufbau der Deutschen Arbeitsfront sollte für diese Sinngebung der Deutschen Arbeitsfront sorgen.

Am 3. März 1934 kündigte der Reichspropagandaminister Dr. Goebbels in Hamburg an: "Im Laufe dieses Jahres noch werden wir das gesamte schaffende Arbeitertum Deutschlands in einer ständischen Gliederung zusammenfassen".

Das Jahr ist noch nicht abgelaufen, aber schon hat die Deutsche Arbeitsfront ihren Sinn verloren: in aller Stille wurde das "Amt für ständischen Aufbau" der Arbeitsfront aufgelöst. Aus begrifflichen Gründen durfte die Deutsche Presse über das Platzen der ständischen Seifenblase nicht berichten.

Vereinfachtes Verfahren. (ITF) Der Kassierer der Reichsbetriebsgemeinschaft Verkehr und öffentliche Betriebe in Bremen wurde wegen Unterschlagung und Betrug entlassen. - Der Kassierer der Reichsbetriebsgemeinschaft Eisen und Metall in Bremen wurde wegen Unterschlagung abgeurteilt. Gegen den zweiten Kassierer schwebt ebenfalls ein Verfahren wegen Unterschlagung. - Der Kassierer der Reichsbetriebsgemeinschaft Textil in Bremen unterschlug 900 RM. - Der Kassierer der Reichsbetriebsgemeinschaft Textil in Dolmenhorst bei Bremen unterschlug 1800 RM. Auch sein Nachfolger wurde bereits in das Zuchthaus zu Vechta in Oldenburg eingeliefert. - der Kassierer des Vergnügungsvereins Kraft durch Freude in Bremen, der gleichzeitig Kassierer der Reichsbetriebsgemeinschaft Druck in Bremen war, unterschlug 14 000 RM.

Um die Zahl der Unterschlagungen zu vermindern, wird künftig von den Betriebsgemeinschaften kein Beitrag mehr eingezogen. Die Arbeitsfront-Beiträge sollen auf Wunsch der Regierung durch die Unternehmer vom Lohn abgezogen und der Deutschen Arbeitsfront überwiesen werden. Dadurch kommen weniger Leute an den Kassenschrank, und wenn diese jetzt nach nationalsozialistischer Manier einen Griff in die Kasse tun, lohnt es sich wenigstens.

4.) Unter Brüdern. (ITF) Wegen "Unterschlagung, Vermögensaneignung und Untreue" hat die grosse Strafkammer in Münster in Westfalen 4 Nazibonzen zu Zuchthausstrafen verurteilen müssen. Walter Nagel, ehemals Leiter des Bezirks Westfalen der Deutschen Arbeitsfront und des Gaues Westfalen-Nord der NSBO, hatte als Kassierer für die ihm unterstellte Gaukasse der NSBO, damit die Kasse in der Familie blieb, Erich Nagel eingesetzt. Der ehemalige "Führer" der Reichsbetriebsgemeinschaft Stein und Erde, August Piontek, ein beliebter Mitarbeiter der Proso der Deutschen Arbeitsfront, hatte sich bei den Unterschlagungen sein Teil gesichert.

Piontek und Nagel waren wegen ihrer wortradikalen Agitation der Führung der Arbeitsfront auf die Nerven gefallen, durch den Korruptionsprozess wurden sie unschädlich gemacht, Korruption ist Vorrecht der linientreuen Nazibonzen. Da aber die Gefahr bestand, dass die Angeklagten vor Gericht aus dem Korruptionssumpf der Arbeitsfront einiges ausplauderten, wurde "im Staatsinteresse" die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

In der Neujahrsnummer 1934 des "Arbeitertum", der zentralen Halbmonatsschrift der Deutschen Arbeitsfront, hatte Piontek seine Kollegen gefragt: "Blieben wir alle unbeirrbar das, was uns der Führer vorlebt?..." Die Antwort hat das Gericht gegeben.

Steckrübenwinter. (ITF) Das deutsche Institut für Konjunkturforschung berichtet, dass für die deutschen Arbeiter im kommenden Winter "ein Rückgriff auf Weisskohl und Speisesteckrüben, die in den Vorjahren grossenteils nur zu Futterzwecken verwertet werden konnten", nötig sei. Die schlechte Ernte brauchte für Deutschland keine Ernährungskatastrophe zu bringen. Doch die Nationalsozialisten verwenden den geringen Devisenvorrat für Einfuhr von Rüstungsmaterial und zwingen die Arbeiter und "Erwerbslosen wie in Kriegszeiten Viehfutter zu essen.

Im "Reich der Jugend". (ITF) Die Leiter der deutschen Betriebe und Büros sind von der Regierung ermächtigt worden, 3 Millionen Jungarbeitern zwischen 18 und 25 Jahren zu kündigen. Die Jugendlichen sollen den Arbeitsplatz mit älteren Erwerbslosen tauschen; das Dritte Reich, das Arbeitsbeschaffung versprochen hatte, beschränkt sich auf Stempelkartenaustausch. Das ist "für die beschäftigten Jugendlichen ohne Frage äusserst schmerzlich. Sehr viele von ihnen haben sich bereits fest in ihrem Beruf eingearbeitet, haben Lust und Liebe zu ihm gewonnen und hoffen auf Weiterkommen und Aufstieg. Werden sie jetzt aus der Bahn gestossen, so kann es sein, dass sie niemals wieder hineinkommen. Man darf es keineswegs als unbeträchtlich ansehen, wenn ein Mensch von 23 oder 24 Jahren seinen Beruf aufgeben muss. Eine ungeheure Tragödie kann die Folge sein." (Deutsches Ärzteblatt vom 22. September 1934.) Gegen die Entscheidung des Unternehmers hilft kein Protest. Den zum Zwecke des Arbeitsplatz-Austausches gekündigten Jugendlichen steht der Kündigungsschutz nach dem Arbeitsordnungsgesetz nicht zu... Würde man die Klage auf Widerruf der Kündigung zulassen, dann könnte unter Umständen die ganze Austauschaktion in Frage gestellt werden, wenn das Arbeitsgericht (!) die Kündigung der Jugendlichen widerruft" (Regierungsrat Dr. Krause, Juristische Wochenschrift, 22. September 1934).

Zur Beruhigung wurde den Jugendlichen versprochen, dass niemand entlassen werden solle, dem nicht wenigstens im Arbeitslager oder als Landhelfer Zwangsarbeit für 27 Pf. pro Tag nachgewiesen werden könne. Doch "Hier und da sind von Unternehmern im Zusammenhang mit dem Austausch der Arbeitsplätze bereits jüngere Arbeitskräfte entlassen worden, ohne dass für sie eine anderweitige Arbeits Gelegenheit bestand", meldet das Arbeitsamt Essen am 27. September 1934.

"Die Anordnung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung hat unter den jungen Leuten eine heftige Panik hervorgerufen. Sie befürchteten und befürchten wohl auch noch, dass sie demnächst alle ihren Einzug auf das Land werden halten müssen". (Deutsches Ärzteblatt vom 22. September 1934.)

Die Konsumvereine bleiben. (ITF) Die Nationalsozialisten hatten den Kleinhändlern auch die Zerschlagung der Konsumvereine versprochen. Im September 1933 sollte dieses Versprechen erfüllt werden: die Verteilungsstellen der von den Nationalsozialisten gestohlenen Konsumgenossenschaften sollten "in Kürze" an bevorzugte nationalsozialistische Händler verpachtet werden; die Mitglieder der Konsumgenossenschaften sollten gezwungen werden, beim Pächter zu kaufen.

Die Sparkassen der Konsumvereine verwalteten eine Viertelmilliarde Spargelder. Die Regierung fürchtete, dass bei der von der Deutschen Arbeitsfront geplanten Zerschlagung der Konsumgenossenschaften ein Run der Sparrer auch auf die öffentlichen Sparkassen einsetzen und dadurch eine neue Kreditkrise auslösen würde. Die Mehrzahl der Kleinhändler erkannte, dass eine Verpachtung der Verteilungsstellen mit behördlich gesichertem Kundenkreis nur einzelnen bevorzugten Konkurrenten Vorteil bringen würde, und fürchtete das Entstehen einer neuen Gruppe privilegierter und scharf konkurrierender Grosshändler.

Ein Jahr hindurch blieb das Schicksal der deutschen Konsumgenossenschaften in der Schwebe. In Teilen des Reiches wurde den Beamten und den Arbeitern der öffentlichen Betriebe der Einkauf im Konsumverein verboten und Mitgliedern der NSDAP, die im Konsumverein kauften, der Ausschluss aus der Partei angedroht. Die Umsätze gingen 1933 um 20% zurück. Doch mit den steigenden Schwierigkeiten der deutschen Lebensmittelversorgung wuchs die Bedeutung der Konsumgenossenschaften als Preisregulatoren. Die Führung der NSDAP verordnete deshalb: "Wegen Zugehörigkeit zu Verbrauchergenossenschaften darf kein Parteigenosse oder Volksgenosse angegriffen oder benachteiligt werden", und die Leitung der Arbeitsfront "beehrte sich", dem Zeitschriftenverlag Dr. A. Ristow "mitzuteilen", dass die vorjährigen "Ausführungen des Herrn Staatsrats Pg. Dr. Ley über die Konsumvereine von ihm in der Zwischenzeit einer Revision und Änderung unterzogen sind. Der seinerzeitige Plan der Verpachtung der Konsumvereine an den Mittelstand und die weiteren Massnahmen erwiesen sich nach vorgenommenen Versuchen als für beide Teile nicht vorteilhaft, so dass von einer weiteren Verfolgung dieses Projekts Abstand genommen wurde" (veröffentlicht in der Zeitschrift "Blick in die Zeit", Nr. 38).

Der Eid des Dr. Ley. (ITF) Am Abend des 2. Mai 1933 hat Dr. Ley feierlich versprochen: "Arbeiter, ich schwöre dir, wir werden nicht nur alles erhalten, was sich vorfindet, wir werden den Schutz und die Rechte des Arbeiters weiter ausbauen". Doch mit der Besetzung der Zentralen der freien Gewerkschaften wurden die Arbeiter von der Kontrolle der Verwendung der Mitgliedsbeiträge ausgeschlossen und kurze Zeit nach der Zerschlagung der Kampfverbände bestanden auch die von den Arbeitern geschaffenen Unterstützungseinrichtungen nur noch auf dem Papier.

Unter dem Vorwand der Vereinheitlichung hat die Deutsche Arbeitsfront jetzt die Unterstützungseinrichtungen vollständig zerschlagen. Die Bedürftigkeitsprüfung wurde eingeführt und die bereits im Mai verschlechterten Unterstützungsleistungen ab 1. September noch weiter herabgesetzt.

Gegen diesen offenkundigen Wortbruch des Dr. Ley empörten sich die Betriebe. Dr. Ley musste zur Beruhigung erklären: die bei den freien und christlichen Gewerkschaften erworbenen Anwartschaften gelten als Rechtsanspruch und unterliegen nicht der Bedürftigkeitsprüfung. "Die Deutsche Arbeitsfront hält ihr Wort, dass die alten Rechte unter allen Umständen gewahrt werden". Wenn dieses erneute Versprechen des Leiters der Deutschen Arbeitsfront tatsächlich durchgeführt würde, so würde es zwei Kategorien Mitglieder der Arbeitsfront geben: die seit Jahren gewerkschaftlich organisierten hätten bevorrechtete Ansprüche auf Unterstützung, die Nationalsozialisten aber keine. Damit würde täglich von neuem der Beweis erbracht, dass die Gewerkschaften eine grössere Existenzsicherung gewährleisten als die Arbeitsfront. Es ist deshalb sehr zweifelhaft, ob dieses vor allem mit Rücksicht auf die bevorstehende Sachabstimmung gegebene Versprechen gehalten werden wird. Aber selbst dann wäre Dr. Ley noch nicht von dem Vorwurf des Wortbruchs gereinigt; Dr. Ley hat die Erhaltung der Unterstützungen in alter Höhe versprochen und die Unterstützungen, die die Arbeitsfront auszahlt, sind durchweg schlechter als die der Verbände der freien Gewerkschaften (vgl. Faschismus 6).

Kampf ums Pöstchen. (ITF) Am 1. Oktober wurde die Reorganisation der Deutschen Arbeitsfront beendet. Die Einzelverbände sind endgültig aufgelöst, an ihre Stelle traten 18 Reichsbetriebsgemeinschaften, von denen jede sämtliche Betriebsgemeinschaften desselben Wirtschaftszweiges umfasst. Die einzelne Betriebsgemeinschaft ist ein unter Leitung des Unternehmers oder seines Vertreters stehender gelber Werkverein, die Reichsbetriebsgemeinschaft wird gemeinschaftlich von einem Unternehmer und einem Gelben geleitet. Das gesamte Kassenwesen wurde von den Reichsbe-

triebsgemeinschaften auf die Deutsche Arbeitsfront übertragen.

Durch diese Reorganisation wurden zahlreiche Bönzchen überflüssig, und ein allgemeines Geraufe um die übrigbleibenden Pöstchen hat eingesetzt. Die im März und Mai 1933 der NSDAP beigetretenen Fachleute, die sogenannten "Märzgefallenen" und "Maikäfer", haben sich häuslich auf ihren Sesseln eingerichtet und wollen jetzt die alten NSBO-Mitglieder hinauswerfen. Die Leitung der Deutschen Arbeitsfront bezeichnet es jedoch als "untragbar, wenn die alten NSBO-Mitglieder jetzt aus ihren Dienststellen abgebaut, beziehungsweise ihnen -- oft zugunsten jüngerer Parteimitglieder -- Arbeiten und Stellen innerhalb der Deutschen Arbeitsfront vorantehalten werden". Und so raufen die Bönzlein sich weiter.

Die schwarze Reichswehr. (ITF) Die deutsche Reichswehr ist in
===== grossen Massstabe zur kurzfristigen Ausbildung von Rekruten übergegangen: unter Ausserachtlassung der Bestimmungen des Versailler Vertrages, der zwölfjährige Dienstzeit für die Mannschaften der deutschen Reichswehr vorschreibt, stellen eine Reihe Garnisonen Rekruten für kurze Dienstdauer ein. Diese verkürzte Dienstzeit ist bereits so sehr die Regel geworden, dass die neueren sozialpolitischen Gesetze sie berücksichtigen müssen. Die Anordnung zur Verteilung von Arbeitskräften vom 28. August nimmt alle Jugendlichen unter 25 Jahren, "die nach ehrenvollem Dienst aus der Wehrmacht ausgeschieden sind", ausdrücklich von der Verschickung in Zwangsarbeit aus. Eine Ausführungsbestimmung vom 11. September 1934 ordnet an, dass alle Arbeiter und Angestellte unter 25 Jahren, die militärische Ausbildung bei der Reichswehr erhalten haben, einen "Berechtigungsschein für sofortige Vermittlung" in Arbeit erhalten. Das Mindesteinstellungsalter beträgt bei der Reichswehr 18 Jahre.

Auch die Deutsche Arbeitsfront hat in ihren Richtlinien über die Mitgliedschaft besondere Bestimmungen für die Dauer der militärischen Ausbildung ihrer Mitglieder vorgesehen.

230 000 Rekruten. (ITF) Die Regierungskommission des Saargebiets
===== veröffentlicht Briefe, die sie bei der nationalsozialistischen "Deutschen Front" beschlagnahmte. Die Veröffentlichung beweist erneut eindeutig: der deutsche Arbeitsdienst dient in erster Linie der Kriegsvorbereitung. Am 9. Mai 1933 schreibt der Saarländische "Beauftragte für den freiwilligen Arbeitsdienst" nach Koblenz: "...Da die Regierungskommission uns die SA und SS verboten hat, ist es das Beste, wenn unsere Leute in die einzelnen Lager kommen, da wir nicht ausbilden können."

Die Abteilung Arbeitsdienst der NSDAP Saargebiet schreibt am 6. Oktober 1933 "An die Wehrsportschule Frankfurt/Main. Laut Ihrer Mitteilung soll im Oktober bei Ihnen ein Kursus stattfinden, und möchte ich Sie bitten, mir anzugeben, wie viele Leute von uns bei diesem Kursus zugelassen werden können...."

Die Reichsleitung des Arbeitsdienstes teilt am 6. Oktober 1933 der saarländischen nationalsozialistischen Partei mit: man hoffe, rund 10 000 Saarländer zwischen 18 und 25 Jahren in den Arbeitsdienst zu übernehmen. "Die jungen Leute sollen nach den hier vorliegenden Absichten ostwärts der 50-Kilometerzone des Rheins und westlich der allgemeinen Linie Frankfurt/Oder-Dresden in Lagergruppen verteilt untergebracht werden". An diesen Grenzlinien beginnen die durch den Versailler Vertrag festgelegten entmilitarisierten Zonen; die Saarländer sollen also in Arbeitslagern untergebracht werden, deren Besetzung mit der Waffe ausgebildet werden kann.

Während Hitler Friedensreden säuselt, werden allein im deutschen Arbeitsdienst jährlich 230 000 Jugendliche zu Kanonenfutter gedrillt.

Ein alter Kämpfer. (ITF) Karl Busch, der Chefredakteur der Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront "Der Deutsche" und Leiter des Presse- und Propagandamtes der Deutschen Arbeitsfront, wurde wegen "Verstosses gegen die Selbstdisziplin" seiner sämtlichen Ämter enthoben. Busch hatte als Redakteur am "Völkischen Beobachter" begonnen und dann in Schlesien nationalsozialistische Tageszeitungen redigiert. Im "Deutschen" hat er einen unklaren Sozialradikalismus in einem entsetzlichen Deutsch verfochten. Mit dem "Lavoro fascista", dem Organ der italienischen Korporationen, stritt er sich um die Rangordnung: der Faschismus, meinte er, sei noch arbeiterfeindlicher als der Nationalsozialismus. Im November nahm Busch an einer offiziellen Reise der 10 prominentesten nationalsoz. Journalisten durch Polen teil, wobei er sich sinnlos betrank. Im Rausch entsann er sich, dass die Polen eigentlich ein Erbfeind der Nationalsozialisten seien und verprügelte schleunigst einen polnischen Journalisten. Da jedoch zur Zeit Polen mit Hitler-Deutschland gute Freundschaft unterhält, ereilte Busch am darauffolgenden Tag das Schicksal und die Arbeitsfront ist wieder einen "Linken" los.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Der Lohnabbau in der Donauschifffahrt. (ITF) Die grösste Schifffahrts-
===== Gesellschaft der Donau
ist die Wiener "Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft", auf deren
Geschäftsführung die österreichische Regierung massgebenden Einfluss
besitzt. Präsident und Generaldirektor der Gesellschaft werden von der
Regierung ernannt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der österreichi-
schen Donauschiffer beeinflussen auch die der übrigen Gesellschaften:
die der Süddeutschen Donaudampfschiffahrtsgesellschaft sind den ihren
fast gleich, und, so weit es das Schiffspersonal betrifft, auch die
des Bayrischen Lloyd.

Die Lage der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft ist alles andere
als rosig. Doch "die Ursache des beispiellosen Niederganges der Ge-
sellschaft ist nicht allein in der Wirtschaftskrise zu suchen", schreibt
mit Recht das Wiener Finanzblatt "Der Wirtschaftler", "sondern vor al-
lem in der völlig verfehlten Investitionspolitik und in der geradezu
leichtsinnigen Kreditgewährung durch die Patronanzbank", die Credit-
anstalt. Die Folgen der verfehlten Wirtschaftspolitik der von der
christlichen Diktatur ernannten Leitung und der leichtsinnigen Finanz-
politik der von der Diktatur beherrschten Bank werden auf das Personal
abgewälzt.

Der neuernannte Generaldirektor der Donau-Dampfschiffahrts-Gesell-
schaft hat die Bezüge der Donauschiffer und Hafendarbeiter um 1,1 Mil-
lionen Schilling pro Jahr gesenkt. Dieser Lohnabbau trifft ausser den
österreichischen Donauschiffern und Hafendarbeitern auch die von der
Gesellschaft beschäftigten Kollegen in Ungarn, Jugoslawien, Rumänien
und Bulgarien.

Das gesamte Schiffs- und Landpersonal wurde in zwei Gruppen ge-
teilt. Der neugeschaffenen Gruppe B gehören alle nach dem 1. August
neueingestellten Matrosen und Heizer an und die "probeweise" beschäf-
tigten Matrosen und Heizer, die bis zu 5 Jahren im Dienst stehen. Sie
unterstehen jetzt nicht mehr der Dienstordnung, sondern sollen als
Tagelöhner beschäftigt werden. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser
Gruppe scheinen besonders hart mitgenommen zu sein, die Direktion hält
sie sorgfältig geheim.

In der Gruppe A, der der Dienstordnung unterstehenden Bedienste-
ten, ist der Abbau verschieden hoch. Schiffsbedienstete erleiden eine
Einbusse von ca. 8-10%, Landbedienstete von 5-6%. Den

Schiffsbediensteten

wird ein "Krisenopfer" von 3 1/2% der Gesamtbezüge auferlegt, Ledigen
und Kinderlosen wird ein weiteres 1/2% gekürzt. Soweit Nebenbezüge
die Einschiffungszulage überschreiten, werden von den Gesamtbezügen
weitere 1 1/2% gestrichen. Beim Aufsteigen in höhere Besoldungsstufen
werden die Vorrückungsmehrbezüge für die Termine 1. Juli 1934, 1.
Januar und 1. Juli 1935 um 50% gekürzt. Die Spezialentlohnung der Ka-
pitäne und die Kohlenerparnisprämie des Maschinenpersonals und der
Heizer fällt für ein halbes Jahr fort.

Den Landbediensteten

wird ein Krisenopfer von 3 1/2% abgezogen, Ledigen und Kinderlosen ein
weiteres 1/2%. Überstundenverdienst wird um 5% gekürzt. Die Vorrük-
kungsmehrbezüge für die Termine 1. Juli 1934, 1. Januar und 1. Juli
1935 werden um 50% gekürzt. Den höheren Angestellten der Bezugsklassen
I-IV wird das Gehalt um 1/2%, in den Gruppen V-IX um 1 1/2% zusätzlich
gekürzt.

Den Schiffs- und Landbediensteten der Donau-Dampfschiffahrts-
Gesellschaft in Ungarn werden die Bezüge um weitere 3% gekürzt, in
Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien um 2%. In Ungarn und Jugoslawien
werden die von der Gesellschaft gezahlten Mietbeihilfen "entsprechend"
vermindert.

Die Direktion der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft hat mit
der faschistischen Einheitsgewerkschaft sofort Verhandlungen über Neu-
abschluss eines Kollektivvertrages aufgenommen, als deren Ergebnis sie
weitere Bezugskürzungen erwartet.

Die Wiener Strassenbahner machen nicht mit. (ITF) Die Heimwehrgewerk-
===== schaft hatte in

Wien die Strassenbahner der grössten Dienststellen zu einer Versam-
lung eingeladen. Es wurde gross angekündigt, dass sensationelle Mit-
teilungen über die Februarereignisse gemacht und "Schweinereien" der
"Schwarzen", der christlichen Gewerkschaften, aufgedeckt werden soll-
ten. Die "Kommission zum Wiederaufbau der freien Gewerkschaften,
Sektion Strassenbahn", gab die Parole aus, diese "Parade politischer
Lumpen, Heuchler und Renegaten" nicht zu besuchen. Der Parole der
freigewerkschaftlichen Vertrauensmänner wurde Folge geleistet, von
3 500 Eingeladenen waren noch nicht 200 in der Versammlung.